



## Die Krankenhausreform auf dem Prüfstand

Die Krankenhausreform beschäftigt die Bürgerinnen und Bürger bei mir im Wahlkreis. Viele sind verunsichert und befürchten eine schlechtere medizinische Versorgung vor Ort und längere Anfahrtswege zum nächsten Krankenhaus.

Aber auch die Geschäftsführer:innen der Krankenhäuser und ansässige Ärztinnen und Ärzte blicken ganz genau nach Berlin und die Ausgestaltung der Krankenhausreform. Das nahm ich als Anlass, um meinen SPD-Bundestagskollegen Dr. Christos Pantazis diese Woche zu einem offenen Diskussionsabend einzuladen. In Ganderkesee stellte er den Interessierten die Grundzüge der Krankenhausreform dar. Er stellte aber auch klar, dass die veröffentlichten Empfehlungen der Regierungskommission noch nicht das endgültige Gesetz darstellen und von der Bundesregierung kritisch geprüft werden. Derzeit wird an einem Referentenentwurf gearbeitet, der demnächst veröffentlicht werden soll. Für uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten steht fest, dass eine Entökonomisierung der Krankenhäuser stattfinden muss. Der Wert eines Krankenhauses darf sich nicht mehr nur an seiner Wirtschaftlichkeit messen lassen. Denn: 90 % der Krankenhäuser in Deutschland schreiben keine schwarzen Zahlen mehr und stehen mit dem Rücken zur Wand! Der Druck, der



bisher auf den Krankenhäusern lastete, ist enorm. Ein System, das darauf abzielt, immer mehr Fallzahlen zu generieren, ist für uns nicht sozial, nicht gerecht und auch nicht zukunftsfest. Mit der Reform wollen wir:

- mehr Transparenz schaffen für die Patientinnen und Patienten (auch durch das Krankenhaustransparenzgesetz)
- die Ökonomisierung der Krankenhäuser beenden durch die Einführung eines Vorhaltebudgets
- die Qualität der Krankenhäuser verbessern, indem die Konkurrenz zwischen den Häusern durch die Einteilung in Stufen mit medizinisch-fachlichen Leistungsgruppen gestoppt wird
- die Qualitätsverbesserungen und nicht die Standorte in den Fokus nehmen
- die Geburtshilfe als Teil der Daseinsvorsorge besonders sichern
- Kooperationen und regionale Vernetzungen der Häuser fördern
- die Ausbildung der Ärztinnen und Ärzte langfristig an die Reform anpassen



## Austausch zum Bundeshaushalt 2024

Mit dem Mehrgenerationenhaus Nordenham, dem Refugium Wesermarsch, dem Sozialwerk Wesermarsch und dem DRK Wesermarsch als auch dem SPD-Ortsverein Nordenham sprach ich diese Woche an einem Runden Tisch über die geplanten Mittelkürzungen, die im Bundeshaushalt 2024 geplant sind. Konkret geht es um die Reduzierung des Budgets für behördenunabhängige Verfahrensberatungen, Angeboten im Bereich Migration und Integration und der Arbeit der Mehrgenerationenhäuser. Ich habe klar gemacht, dass ich die geplanten Kürzungen sehr kritisch bewerte. Gleichzeitig ist der Haushalt noch nicht beschlossen und bis zur endgültigen Verabschiedung im November/Dezember 2024 ist dementsprechend noch genügend Zeit, um in der parlamentarischen Debatte auf die Wichtigkeit der Förderung für die Stellen hinzuweisen. Einsparungen im sozialen Bereich bergen die Gefahr, dass Folgekosten in ein paar Jahren eine viel größere Belastung darstellen. Die Schwerpunkte im sozialen Bereich müssen deshalb auch in Zukunft gefördert werden! Mehrgenerationenhäuser leisten einen wichtigen Beitrag und angesichts einer hohen Zuwanderung in Deutschland müssen wir gewährleisten, dass diejenigen, die bei uns ankommen, eine gute Unterstützung und Beratung erfahren. Die Wohlfahrtsverbände sind aus der Mitte unserer Gesellschaft nicht wegzudenken, so leisten sie wichtige Arbeit durch ihre vielfältigen Hilfs- und Beratungsangebote. Letztendlich hoffe ich, dass für den Haushaltsentwurf der Bundesregierung 2024 das Struck'sche Gesetz greift: „Kein Gesetz kommt aus dem Parlament so heraus, wie es eingebracht worden ist.“ Ich bleibe dazu mit den Beteiligten im Austausch!



## Fachgespräch in Leese zur Zukunft der Landwirtschaft

In meiner Funktion als Sprecherin für Ernährung und Landwirtschaft der SPD-Bundestagsfraktion war ich Anfang der Woche außerhalb meines Wahlkreises unterwegs. Im Wahlkreis meiner SPD-Bundestagskollegin Marja-Liisa Völlers sprach ich in Leese mit Landwirten, Vertretern der Junglandwirte Niedersachsen, Vertretern des Landvolkes Weserbergland sowie Vertretern der Raiffeisen-AG über die Zukunft der Landwirtschaft. In dem Fachgespräch wurde die Unzufriedenheit mit der Landwirtschaftspolitik der letzten Jahre deutlich. Viele befürchten eine Überregulierung der Landwirtschaft, die mehr Bürokratie zur Folge hat. Alle Anwesenden haben klar gemacht, dass sie zu Veränderungen bereit sind, diese aber auch transparent politisch begleitet sein müssen. Im Gespräch habe ich nicht nur einen Überblick über die geplanten Änderungen im Bereich der Tierhaltungskennzeichnungsgesetzgebung gegeben. Vielmehr habe ich skizziert, dass wir die Landwirtinnen und Landwirte insofern unterstützen wollen, als dass mehr Planungssicherheit gegeben wird.



## Weitere Termine

Am Wochenende werde ich beim Ernteumzug in Wardenburg und beim Herbstmarkt in Ganderkesee dabei sein. Ich hoffe mit vielen von Euch ins Gespräch zu kommen, bevor ich am Montag in die nächste Doppelsitzungswoche in Berlin starte. Außerdem erinnere ich gerne an die Deutschen Waldtage, die dieses Wochenende bundesweit mit etlichen Veranstaltungen begleitet werden.